BUNDESREGIERUNG

Geheimakten vermisst

Im Laufe der vergangenen zehn Jahre sind 332 Akten der Bundesregierung, die als Verschlusssachen (VS) deklariert waren, spurlos verschwunden. So hat es das Bundesinnenministerium, das als nationale Sicherheitsbehörde über Verluste von VS-Papieren mit „wesentlicher Bedeutung“ unterrichtet werden muss, auf eine Kleine Anfrage der FDP-Bundestagsfraktion hin eingeräumt. Welche Inhalte die Akten haben, ist nicht bekannt. Das Ministerium bestätigte, dass seit Beginn dieser Legislaturperiode fast 3200 geheim eingestufte Akten vernichtet wurden – statt sie in den entsprechenden Registraturen abzulegen und später dem Bundesarchiv zu übergeben. Es handele sich etwa um Vorgänge aus den Bereichen „Organisierte Kriminalität“, „Proliferation“, „Forschungsaktivitäten ausländischer Staaten“ oder „Überwachung des Außenwirtschaftsverkehrs“. Wenn Akten aus der Geheimhaltung direkt in den Schredder gingen, kritisiert der FDP-Abgeordnete und frühere Richter Volker Wissing, „dann ist das die größte Form der Intransparenz“. Die Bundesregierung hat deutlich gemacht, dass sie weiterhin eine generelle Freigabe von Akten nach der gesetzlich vorgeschriebenen 30-Jahres-Frist ablehnt. Dies würde zur Offenlegung von „Informationen führen, die die innere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland gefährden oder die auswärtigen Beziehungen belasten könnten“. In jedem Einzelfall müsse eine Freigabe geprüft werden.

JÜERGEN MAHNKE / DDP

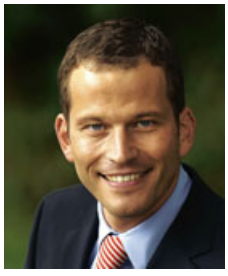
UMWELT

Union folgt Autoindustrie

Die Union will die neue Kfz-Steuer den Vorstellungen der Automobilhersteller anpassen. Die Experten der Fraktion haben sich auf ein Modell verständigt, das sich weitgehend am Konzept des Verbands der Automobilindustrie (VDA) orientiert. Danach soll die Steuer für Neufahrzeuge künftig nach deren Kohlendioxid-Ausstoß berechnet werden. Autos mit einem CO_2-Ausstoß bis 120 Gramm pro Kilometer bleiben steuerfrei, für jedes weitere Gramm sollen die Autobesitzer zwischen 1,40 Euro und 1,60 Euro bezahlen. Die Forderung von Umweltschützern, Fahrzeuge mit hohem Kohlendioxidausstoß überproportional zu besteuern, lehnt die Union ab; für Autos, die viel Kraftstoff verbrauchen, würde die Steuer nach dem vorgelegten Modell nur wenig steigen. Für Diesel-Pkw ist zusätzlich ein Energiesteuerausgleich von 8,69 Euro je 100 Kubikzentimeter Hubraum vorgesehen. In der Union ist man zuversichtlich, dass sich die zuständige Arbeitsgruppe der Koalition auf das Konzept einigen wird. Der CDU-Verkehrsexperte Georg Brunnhuber sagte, eine Reform nach den VDA-Vorschlägen sei sinnvoll, weil sie keine Arbeitsplätze in Deutschland koste.

BANKEN

„Schwer zu vermitteln“



Albert Rupprecht, 40, der Vorsitzende des vom Bundestag eingesetzten Finanzmarktgremiums, über Nachbesserungen am Banken-Rettungspaket

SPIEGEL: Herr Rupprecht, trotz des staatlichen Rettungsprogramms von 500 Milliarden Euro leihen sich die Kreditinstitute untereinander kaum Geld. Ist das Paket falsch konstruiert?
Rupprecht: Nein. Das Hauptziel ist erreicht – unser Finanzsystem ist nicht zusammengebrochen. Die Eigenkapitalhilfen für die Banken sind notwendig, die Vergabe der Garantien funktionieren bei einigen Banken ganz gut. Aber es fehlt ein Element, mit dem der Interbankenhandel wieder in Schwung kommt.
SPIEGEL: Wie kann das funktionieren?
Rupprecht: Im Prinzip gibt es drei Möglichkeiten: die Zwangsrekapitalisierung von Banken wie beispielsweise in den USA …
SPIEGEL: … die aber als Zwangsverstaatlichung hier niemand – und vor allem die Union nicht – will …
Rupprecht: … richtig. Aber es gibt ja auch andere Lösungen, etwa den Interbankenhandel durch einen eigenen Fonds staatlich zu garantieren. Oder ihn über einen Vermittler, beispielsweise die Zentralbanken, laufen zu lassen.
SPIEGEL: Was favorisieren Sie?
Rupprecht: Bevor wir uns festlegen können, muss Bundesfinanzminister Peer Steinbrück seine Vorschläge darlegen. Deshalb haben wir ihn für Freitag in das Finanzgremium geladen.
SPIEGEL: Am Freitag vor Weihnachten. Warum diese Eile?
Rupprecht: Wenn der Interbankenhandel nicht in Gang kommt, obwohl in ein paar Monaten die Garantien des Rettungspaketes aufgebraucht sind, wäre das politisch schwer zu vermitteln.
SPIEGEL: Die Politik, so scheint es, hat die Bankenrettung doch längst abgehakt. Sie streitet jetzt über Konjunkturprogramme.
Rupprecht: Ohne einen funktionierenden Interbankenhandel wird es keine langfristige Kreditvergabe und somit keine größeren Investitionen geben – und ohne die kommt die Wirtschaft nicht in Schwung.